

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Erik Schweickert und Frank Bonath u. a. FDP/DVP**

### **Wie setzt die Landesregierung Beschlüsse des Landtags zu Corona-Soforthilfen um?**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was sie in Folge des Beschlusses des Landtags vom 12. November 2025 im Sinne der Ziffer II.4 in Richtung der Bundesregierung an Initiativen unternommen hat, um die geforderte Beteiligung des Bundes zu erreichen;
2. welches Ministerium diese Kommunikation federführend übernommen hat;
3. welche Organisationseinheit innerhalb dieses Ministeriums dies durchführt und nachhält;
4. wann zum ersten Mal mit diesem Anliegen auf das Bundesfinanzministerium zugegangen wurde;
5. in welcher Art und Weise (Mail, Anruf, Brief, andere Wege) dies geschah;
6. für welche in Frage kommenden Anträge der Corona-Soforthilfen, für die Rückforderungsanfragen bestehen, eine Bundesbeteiligung denkbar und möglich wäre;
7. ob eine Frist für eine Rückantwort des Bundesfinanzministers gesetzt wurde;
8. ob und wann seitens der Bundesregierung geantwortet wurde und wenn ja, von wem;
9. welchen Inhalt diese Rückantwort hatte;
10. welche Summe der Bund hierfür dem Land zur Verfügung stellt;
11. welche Auswirkungen auf die landeseitig geplante Abwicklung der Folgen der Gerichtsurteile diese Antwort hat (Fallgruppe 1);
12. welche Auswirkung diese Antwort auf die Abwicklung der Fallgruppe 2 hat.

16.1.2026

Dr. Schweickert, Bonath, Dr. Rülke, Haußmann, Dr. Kern, Reith, Dr. Jung, Karrais, Haag, Hapke-Lenz, Scheerer, Fink-Trauschel, Goll, Hoher, Birnstock FDP/DVP

### **Begründung**

Am 12. November 2025 beschloss der Landtag unter Abschnitt II Ziffer 4 eine Aufforderung an die Landesregierung (Drucksache 17/9845), sich für die Frage der Rückzahlung der unrechtmäßig zurückgeforderten Corona-Soforthilfen mit der Bundesregierung und dort mit dem Bundesfinanzminister ins Benehmen zu setzen, um eine Beteiligung entsprechender Bundesmittel für die Rückzahlung zu erhalten. Angesichts der Aktualität des Themas fragen wir, was seitens der Landesregierung seit Beschluss im Landtag unternommen wurde.